

Hauptausschuss

Protokoll Nr. HA/08/2010

**über die öffentliche und nicht öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses am 20.09.2010,
Rathaus, Sitzungszimmer 601**

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
 Ende der Sitzung : 21:09 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Hartmut Möller

Stadtverordnete

Herr Thomas Bellizzi beratend
 Herr Detlef Levenhagen
 Frau Monja Löwer
 Frau Susanne Philipp-Richter
 Herr Hinrich Schmick
 Herr Roland Wilde
 Frau Petra Wilmer

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Klaus Butzek Seniorenbeirat; bis TOP 12
 Herr Florian Stephani Kinder- und Jugendbeirat, bis TOP 12

Verwaltung

Herr Michael Sarach
 Herr Thomas Reich
 Herr Horst Kienel
 Frau Meike Niemann
 Frau Angela Köhnke-Treptow bis TOP 12
 Frau Gabriele Fricke Gleichstellungsbeauftragte; bis TOP 12
 Frau Viktoria-Luise Vollstedt Referendarin
 Frau Birgit Reuter Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Einwohnerfragestunde
3. Festsetzung der Tagesordnung
4. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 07/2010 vom 28.06.2010
5. Bericht des Bürgermeisters
 - 5.1. Sauberkeit in der Innenstadt an den Wochenenden
 - 5.2. Zustimmungserklärung zur Veröffentlichung von Daten der Stadtverordneten und Bürgerlichen Mitglieder
 - 5.3. Terminkalender für insbesondere Ausschusssitzungen und Stadtverordnetenversammlung
 - 5.4. Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen
 - 5.5. Bündelung der Zuständigkeiten bei der Aufgabenerledigung für Anträge nach dem Unterhaltssicherungsgesetz
 - 5.6. Sonderprogramm zur Behebung winterbedingter Straßenschäden
 - 5.7. Antrag auf Sitz in der Lärmschutzkommission
 - 5.8. Werbestände der Scientology
 - 5.9. Gewährung einer Zuwendung für die Beschaffung eines Feuerwehrleiterwagens
 - 5.10. Beteiligung der Stadt an der Schleswig-Holstein AG
 - 5.11. 20 Jahre Partnerschaft Ludwigslust
 - 5.12. Weihnachtsbeleuchtung in der Großen Straße
 - 5.13. Einwohnerversammlung am 30.11.2010
 - 5.14. Beschlusscontrolling
6. Vorbereitung der Stadtverordnetenversammlung am 27.09.2010

- | | | |
|-------|---|-----------------|
| 7. | Erlass der II. Nachtragshaushaltssatzung 2010 | 2010/091 |
| 8. | Vorstellung des Tul-Umsetzungsberichtes 2010 | |
| 9. | Umstellung der Rathausreinigung von der Eigen- zur Fremdreinigung | 2010/084 |
| 10. | Personalbericht II | 2010/099 |
| 11. | Strukturdatenbericht | 2010/107 |
| 12. | Verschiedenes | |
| 12.1. | Umgang mit personenbezogenen Daten | |
| 12.2. | Werbung mit dem Schlosswappen | |
| 12.3. | Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses 2009 | |
| 12.4. | Verträge mit E.ON Hanse über Freizeitbad badlantic | |
| 12.5. | Anmeldung eines Marktstandes der "Kaffeekanne AWO" | |
| 12.6. | Einwohnerversammlung am 29.06.2010, TOP "Finanzielle Situation der Stadt" | |
| 12.7. | Buchung nach Esplugues | |
| 12.8. | Anträge auf Vertagung von Tagesordnungspunkten | |
| 12.9. | Stellenausschreibung Fachbereich IV | |

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Ausschussvorsitzender Möller eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

2. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen und Anregungen von Einwohnerinnen und Einwohnern gestellt.

3. Festsetzung der Tagesordnung

Dem Antrag von Ausschussmitglied Bellizzi auf Ergänzung der Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt „Umgang mit personenbezogenen Daten“ wird mit der erforderlichen Mehrheit zugestimmt.

Der Hauptausschuss stimmt der Behandlung des TOP 13 „Bericht des Bürgermeisters“, TOP 14 „Steuerung gemeindlicher Beteiligung – Feststellung des Jahresabschlusses 2009 der GAG Gasversorgung Ahrensburg GmbH“, TOP 15 „Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrates der GAG für das Geschäftsjahr 2009“ und TOP 16 „Steuerung gemeindlicher Beteiligung – Verwendung des Jahresergebnisses 2009 der GAG Gasversorgung Ahrensburg GmbH“ in nicht öffentlicher Sitzung gemäß § 46 Abs. 8 in Verbindung mit § 35 Abs. 2 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein mit der erforderlichen Mehrheit zu.

Anschließend stimmen die Mitglieder des Hauptausschusses mit oben aufgeführter Änderung der mit Einladung vom 08.09.2010 versandten Tagesordnung zu.

4. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 07/2010 vom 28.06.2010

Einwände gegen die Niederschrift Nr. 07/2010 vom 28.06.2010 liegen nicht vor.

5. Bericht des Bürgermeisters

5.1. Sauberkeit in der Innenstadt an den Wochenenden

Zur Wiederherstellung der Sauberkeit der Innenstadt am Sonntag wird von Bürgermeister Sarach ein möglicher Arbeitsaufwand von 2-Mann-Stunden an jedem Sonntag von 07:00 bis 09:00 Uhr als sinnvoll erachtet. Hierfür würden an zusätz-

lichen Personalkosten etwa 175 € pro Monat zu Buche schlagen. Bei Entfall der beiden Wintermonate Januar und Februar würden pro Jahr somit 1.750 € zusätzliche Kosten entstehen.

Im Lokschuppen an der Bahnhofstraße steht ein Aufenthalts- und Lagerraum für den Bauhof zur Verfügung, sodass von hier aus sowohl die Geräte für das Sammeln von Müll als auch die Lagerung des Abfalls möglich ist. Dieser kann dann zu den Werktagen vom Bauhof per Kfz entsorgt werden.

Ein Mitarbeiter des Bauhofs wäre bereit, die erforderlichen Tätigkeiten sonntags von 07:00 bis 09:00 Uhr durchzuführen.

Für die Aktion wären 1.750 € im Haushalt zusätzlich bereitzustellen. Die Mehrkosten würden durch den Deckungskreis „Straßenreinigung“ aufgefangen werden.

Nach Diskussion über die Höhe der zu zahlenden Vergütung und der Wirksamkeit der Maßnahme stimmt der Hauptausschuss der Durchführung des von Bürgermeister Sarach vorgeschlagenen Projektes für ein Jahr zu.

5.2. Zustimmungserklärung zur Veröffentlichung von Daten der Stadtverordneten und Bürgerlichen Mitglieder

Im Rahmen der Aktualisierung der E-Mail-Adressen der Stadtverordneten und Bürgerlichen Mitglieder hat sich herausgestellt, dass offenbar keine schriftliche Zustimmung der Stadtverordneten und Bürgerlichen Mitglieder für die Veröffentlichung von Daten, wie Anschriften etc. in der Vergangenheit eingeholt worden ist.

Dies ist jedoch auch nach Rücksprache mit dem Landesdatenschutzzentrum Kiel erforderlich. Aus diesem Grund wurden sämtliche Anschriften im Ratsinfo und Bürgerinfo der Stadtverordneten und Bürgerlichen Ausschussmitglieder gelöscht. E-Mail-Adressen sind weder im Ratsinfo noch im Bürgerinfo veröffentlicht gewesen.

Um die Daten der Stadtverordneten und Bürgerlichen Mitglieder ordnungsgemäß verwenden zu können, wurde ein Vordruck erarbeitet. Dieser Vordruck wird in den kommenden Tagen in die Fächer der Stadtverordneten und Bürgerlichen Ausschussmitglieder verteilt mit der Bitte um Rückantwort innerhalb der nächsten vier Wochen.

Zum Ratsinfo haben die Stadtverordneten und die Bürgerlichen Ausschussmitglieder, soweit es deren Ausschuss betrifft, und die Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter Zugang.

Zugang zum Bürgerinformationssystem hat jeder, der im Internet ist.

Das Bereitstellen der E-Mail-Adressen der Stadtverordneten und Bürgerlichen Mitglieder hätte den Vorteil, dass eine kurzfristige Information und Abstimmung zwischen Verwaltung und Selbstverwaltung erfolgen könnte und als Nebeneffekt Druck- und Papierkosten eingespart werden könnten.

5.3. Terminkalender für insbesondere Ausschusssitzungen und Stadtverordnetenversammlung

Ein ausführlicher Terminkalender für die Stadtverordneten und Bürgerlichen Mitglieder mit sämtlichen Sitzungen der Ausschüsse und der Stadtverordnetenversammlung ist im Ratsinformationssystem vorhanden.

Die Verwaltung schlägt vor zukünftig, auf die Versendung des Sitzungskalenders in Papierform zu verzichten.

Die Mitglieder des Ausschusses stimmen grundsätzlich dem Verzicht auf den Terminplan in Papierform zu, werden jedoch nach Absprache in den Fraktionen ggf. bei einigen Mitgliedern um eine Ausnahme bitten.

In diesem Zusammenhang bittet Ausschussmitglied Wilde um den Terminkalender in Papierform.

5.4. Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen

Mit Schreiben vom 03.09.2010 hat das Ministerium für Justiz, Gleichstellung, Integration des Landes Schleswig-Holstein aufgrund der angespannten Haushaltslage mitgeteilt, dass die Absicht besteht, die Frauenhäuser Schwarzenbek und Ahrensburg ab dem Jahr 2012 zu fusionieren und zwei zusätzliche Plätze bereitzustellen. Für das dann neu entstehende Frauenhaus mit 26 Plätzen soll eine möglichst zentral gelegene neue Immobilie gefunden werden.

Bürgermeister Sarach wird seitens der Verwaltung alles Erforderliche veranlassen, um den Bestand zu sichern.

5.5. Bündelung der Zuständigkeiten bei der Aufgabenerledigung für Anträge nach dem Unterhaltssicherungsgesetz

Gemäß der Landesverordnung zur Bestimmung der zuständigen Behörden nach dem Unterhaltssicherungsgesetz (USG) sind neben den Landräten der Kreise unter anderem die Bürgermeister der Städte mit mehr als 20.000 Einwohner zuständig für die Feststellung und Bewilligung der Leistungen zur Unterhaltssicherung nach dem Unterhaltssicherungsgesetz.

Es gab in der Vergangenheit seitens des Kreises Stormarn regelmäßig Anläufe, eine Zentralisierung der Aufgabenerledigung im Kreis Stormarn zu erreichen.

Aufgrund der ermittelten hohen Kostenpauschalen je Fall, der relativ konstanten Fallzahl von bis zu 35 Fällen jährlich und dem Einsatz eines langjährigen, qualifizierten Mitarbeiters im Fachdienst wurde seitens der Stadt nicht die Notwendigkeit gesehen, eine Kooperation mit dem Kreis zu schließen. Auch andere Kommunen verweigerten sich regelmäßig.

Auf Anraten des Finanzministeriums des Landes Schleswig-Holstein und Anregung des Städteverbandes haben nunmehr die Kreise Segeberg und Stormarn gemeinsam die Initiative zur Bündelung der Zuständigkeiten ergriffen.

Neben den Kreisen Segeberg, Stormarn und Herzogtum-Lauenburg sind auch die Stormarer Städte Bad Oldesloe und Reinbek nunmehr einverstanden, eine gemeinsame Kooperationsvereinbarung zur Bündelung der Aufgabenerledigung nach dem USG zu schließen.

Aufgrund der Entwicklung der Fallzahlen (nur noch 7 Fälle bis einschließlich 06/2010) und dem damit verbundenen sehr geringem Anteil der Arbeitszeit ist es zur Sicherstellung der nötigen fachlichen Kompetenz und Rechtsicherheit und um Fehlerquellen auszuschließen, sinnvoll, sich an einer Kooperation mit den anderen Kommunen zu beteiligen.

Mit einer kalkulierten Fallkostenpauschale von 61,84 €, die sich aus Sachkostenpauschale, Gemeinkostenzuschlag und den Personalkosten zusammensetzt, werden Ahrensburg bei vermuteten 20 Fällen ca. 1.300 € Kosten jährlich entstehen. Die Aufgabe wird in Bad Segeberg durch den Kreis Segeberg erledigt.

Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung soll ab 01.01.2011 gelten und wird zunächst für vier Jahre abschließen. Dementsprechend werden 1.300 € in dem Haushaltsentwurf 2011 eingeworben.

Die Mitglieder des Hauptausschusses nehmen den Vortrag zustimmend zur Kenntnis.

5.6. Sonderprogramm zur Behebung winterbedingter Straßenschäden

Die Verwaltung berichtet, dass das Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein mit Bescheid vom 27.08.2010 den Bewilligungsbescheid erteilt hat, wonach auf Basis der Richtlinien zum Kommunalen Investitionsfonds eine Förderung in Höhe von 50 % der anderweitigen nicht gedeckten zuwendungsfähigen Ausgaben, höchstens jedoch 135.000 € gewährt werden.

Auf den modifizierten Förderantrag der Stadt Ahrensburg mit den förderfähigen Gesamtkosten in Höhe von 270.000 € wird verwiesen, die sich entsprechend der Antragstellung auf folgende durchzuführende Maßnahmen verteilen:

1. Asphaltflicken - örtliche Schäden der Deckschicht aufgrund des starken Winters -

Bahntrasse	B 75	10.000,00 €
Lübecker Straße (Ostring - Am Alten Markt)	Gemstr.	5.000,00 €
Reeshoop	L 225	15.000,00 €
Hamburger Straße (Brückenstraße - Friedhof)	B 75	5.000,00 €
Manfred-Samusch-Straße	Gemstr.	5.000,00 €
Woldenhorn	L 225	10.000,00 €
Parkallee	Gemstr.	5.000,00 €
Dänenweg	Gemstr.	5.000,00 €
Brauner Hirsch	Gemstr.	5.000,00 €
Bogenstraße	Gemstr.	10.000,00 €
Am Tiergarten	Gemstr.	15.000,00 €
Schimmelmannstraße	Gemstr.	10.000,00 €
Starweg	Gemstr.	10.000,00 €
Dorfstraße	Gemstr.	10.000,00 €
Friedensallee	Gemstr.	5.000,00 €
Bünningstedter Straße	L 225	10.000,00 €
Ahrensburger Redder	Gemstr.	5.000,00 €
Reesenbüttler Redder	Gemstr.	10.000,00 €
Wulfsdorfer Weg	Gemstr.	10.000,00 €

Summe 160.000,00 €

2. Deckenerneuerungen

Stormarnstraße (Hamburger Straße - Bahnhofstraße)	Gemstr.	30.000,00 €
Mittelweg (Wulfsdorfer Weg - Kehre)	Gemstr.	50.000,00 €
Steinkamp (Bünningstedter Straße-Otto-Schumann-Straße)	Gemstr.	30.000,00 €

Summe 110.000,00 €

Gesamtkosten Asphaltflicken und Deckenerneuerungen 270.000,00 €

5.7. Antrag auf Sitz in der Lärmschutzkommission

Bürgermeister Sarach teilt mit, dass er und der Landrat des Kreises Stormarn gemeinsam einen Sitz in der Lärmschutzkommission für den Flughafen Hamburg gestellt haben. Nach § 32 b Abs. 4 Satz 1 Luftverkehrsgesetz sollen der Kommission unter anderem Vertreter der vom Fluglärm in der Umgebung des Flugplatzes betroffenen Gemeinden angehören. Der Landrat des Kreises Stormarn hat mit dem Bürgermeister der Stadt Ahrensburg vereinbart, dass die Interessen sowohl für den Kreis als auch für die Stadt gemeinsam wahrgenommen werden sollen. Herr Sarach soll die Interessen der Stadt als auch des Landkreises vertreten. Die Vertreterin von Herrn Sarach soll die Leitende Kreisverwaltungsleiterin, Frau Anja Kühl, sein.

Eine Beantwortung des Antrages ist bisher noch nicht erfolgt. Durch den Sitz in der Fluglärmschutzkommission erhofft sich Bürgermeister Sarach eine ausgewogenere Interessenvertretung als bisher.

Ein entsprechendes anonymes Schreiben ist als **Anlage** zur Kenntnis beigefügt.

5.8. Werbestände der Scientology

Mit Mail vom 17.08.2010 hatte Bürgermeister Voß der Gemeinde Großhansdorf einen Vermerk des Großhansdorfer Haupt- und Ordnungsamtes übersandt, wonach Werbestände der Organisation Scientology über eine generelle Auflage verhindert werden könnten, die die Gemeinnützigkeit des Standbetreibers erfordert.

Die vom Justiziar, Herrn Reich, durchgeführte Überprüfung dieser Rechtsauffassung ist dem nicht öffentlichen Teil dieser Niederschrift beigefügt.

5.9. Gewährung einer Zuwendung für die Beschaffung eines Feuerwehrleiterwagens

Mit Schreiben vom 30.06.2010 wurde eine Zuwendung gemäß den Richtlinien zur Förderung des Feuerwehrwesens aus dem Kreis Stormarn zur Verfügung gestellten Mittel der Feuerschutzsteuer nach § 31 FAG in Höhe von 90.000 € für die Anschaffung eines Feuerwehrleiterwagens bewilligt.

Die Gesamtkosten für das Fahrgestell betragen 600.000 €, wovon die Stadt 510.000 € an Eigenmittel bereitstellt. Die derzeitige in Betrieb befindliche Drehleiter stammt aus dem Jahr 1989 und ist abgängig.

Es erfolgt nun eine Ausschreibung der Drehleiter.

5.10. Beteiligung der Stadt an der Schleswig-Holstein AG

Mit Schreiben vom 16.08.2010 bietet die E.ON Hanse der Stadt ein Aktienpaket von maximal 1.117 Aktien zum Preis von 4.122,29 € je Aktie an, mithin 4.604.598 €.

Der Hauptausschuss ist damit einverstanden, dass die Verwaltung auf dieses Angebot zunächst nicht eingeht, sondern diesbezüglich noch einige Fragen zur Aufklärung des Sachverhaltes an E.ON Hanse richtet.

5.11. 20 Jahre Partnerschaft Ludwigslust

Am 10.11.2010 besteht die Partnerschaft der Stadt Ahrensburg mit der Stadt Ludwigslust seit 20 Jahren. Für dieses Ereignis wird die Stadt entsprechende Vorbereitungen treffen und die Stadtverordneten schriftlich informieren.

5.12. Weihnachtsbeleuchtung in der Großen Straße

Bereits 2009 waren 10.000 € für eine neue Weihnachtsbeleuchtung in der Großen Straße in den Haushalt eingestellt unter der Voraussetzung, dass die Stadt sich nur an der Finanzierung zur Beschaffung einer Weihnachtsbeleuchtung durch das Stadtforum beteiligt. Die Kosten für Betrieb, Transport, Auf- und Abbau sowie alle Folgekosten der Weihnachtsbeleuchtung sollten vom Stadtforum getragen werden.

Bei der Neugestaltung der Großen Straße wurde die Anbringung einer Weihnachtsbeleuchtung bereits berücksichtigt. Die 10.000 € aus dem Haushaltsjahr 2009 wurden in das Haushaltsjahr 2010 übertragen.

Der Hauptausschuss ist einstimmig der Auffassung, dass 10.000 € für die Weihnachtsbeleuchtung in der Großen Straße auch weiterhin zur Verfügung gestellt werden und für die Anschaffung einer Weihnachtsbeleuchtung verwendet werden sollten.

5.13. Einwohnerversammlung am 30.11.2010

Da Herr Bürgervorsteher Bandick zur Sitzung des Hauptausschusses am 20.09.2010 in der Partnerstadt Esplugues ist und die kommende Hauptausschusssitzung erst am 22.11.2010 erfolgt, gibt Bürgermeister Sarach im Namen von Herrn Bürgervorsteher Bandick die Themen der nachfolgenden Einwohnerversammlung am 30.11.2010 bekannt:

Die Tagesordnung ist wie folgt vorgesehen:

- 1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**
- 2. Informationen über den aktuellen Verfahrensstand und die aktualisierten Planungen zum S 4-Projekt**

Herr Hüttel von der S-Bahn Hamburg GmbH, Bereich Unternehmensentwicklung und Angebotsplanung, wird Einwohnerinnen und Einwohnern über den aktuellen Stand informieren.

- 3. Auswirkungen der geplanten Fehmarn-Belt-Querung auf die Stadt Ahrensburg (Zugverkehr/mögliche Lärmauswirkungen)**

Hier erfolgt ein Vortrag durch einen Vertreter des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein.

- 4. Verschiedenes**

Nach § 11 Abs. 2 der Hauptsatzung der Stadt Ahrensburg kann die Tagesordnung der Einwohnerversammlung ergänzt werden, wenn mindestens 30 % der anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner einverstanden sind.

5.14. Beschlusscontrolling

Das Beschlusscontrolling ist als **Anlage** beigelegt.

6. Vorbereitung der Stadtverordnetenversammlung am 27.09.2010

Der Hauptausschuss nimmt die Tagesordnung zur Kenntnis.

Anmerkung der Verwaltung:

Zum TOP 11 „Planung und Kostenschätzung einer Kindertagesstätte am Standort Sportplatz Fritz-Reuter-Schule“ wurde mitgeteilt, dass noch eine Behandlung im Bau- und Planungsausschuss am 06.10.2010 erforderlich ist, sodass dieser Punkt in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 27.09.2010 abgesetzt werden muss.

2010/091

7. Erlass der II. Nachtragshaushaltssatzung 2010

In der anschließenden Beratung wird die 2. Änderungsliste vom 15.09.2010 zur II. Nachtragshaushaltssatzung 2010, versandt mit Schreiben vom 15.09.2010, soweit es den Hauptausschuss betrifft, wie folgt beraten:

1. PSK 11165.4485000

Die Stadt erhält nach Abrechnung der Beihilfeaufwendungen eine Rückerstattung in Höhe von zusätzlich 30.000 €.

2. PSK 42420.4162000 und PSK 42420.4485000

Die Abschreibungsbeträge wurden aufgrund der Maßnahmen im Rahmen des Konjunkturprogrammes in diesem Bereich angepasst.

3. PSK 11100.5021000/11120.5011000/11130.5021000/11130.5431010

Es wird im Einzelnen zur Erläuterung der Daten auch auf den in dieser Sitzung zu behandelnden Personalbericht II verwiesen. Die Personalausgaben sind im Einzelnen angepasst worden.

4. PSK 11160.5431010

Nach Umstellung auf die Doppik besteht für das städtische RPA erstmalig die Pflicht zur Prüfung einer Eröffnungsbilanz (§ 95 n VI GO). In der Erläuterung zu dieser Vorschrift wird darauf hingewiesen, dass eine Unterstützung durch Angehörige freier Berufe sinnvoll erscheint.

Für die Beauftragung der Beraterleistung wurden zwei Angebote von Wirtschaftsprüfern mit Erfahrungen im Schleswig-Holsteinischen Haushaltsrecht eingeholt. Der Umfang der Leistung ist im Vorhinein nicht abschätzbar, da der Aufwand insbesondere abhängig ist von der Qualität der Eröffnungsbilanz einschließlich ihrer Dokumentation. Zudem ist das RPA bestrebt, einen großen Teil der Prüfung selbst zu erbringen und die-

se Prüfungshandlung durch den Berater reflektieren zu lassen.

Da die Vergütung des Beraterhonorars von beiden Bietern auf der Basis des Zeitaufwandes errechnet wird, ist der Stundensatz der maßgebliche Faktor für die Honorarhöhe. Dementsprechend wird gebeten, zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 15.000 € in diesem Produktsachkonto im Jahr 2010 zur Verfügung zu stellen.

5. PSK 12600.5211010

Hier handelt es sich um Einsparungen bei dem Brandschutz/Ölabscheider in Höhe von 68.000 €.

6. PSK 42420.5711000

Hierbei handelt es sich um eine Korrektur der Abschreibung badlantic.

Die Mitglieder des Hauptausschusses empfehlen der Stadtverordnetenversammlung, der II. Nachtragshaushaltssatzung 2010 in der Fassung der 2. Änderungsliste, soweit es die Produktsachkonten des Hauptausschusses betrifft, zuzustimmen

Abstimmungsergebnis:

**6 dafür
1 Enthaltung**

8. Vorstellung des Tul-Umsetzungsberichtes 2010

Die Verwaltung stellt den als **Anlage** beigefügten Tul-Umsetzungsbericht 2010 vor.

Die Verwaltung sagt zu, zukünftig den Tul-Umsetzungsbericht vorzeitig vor der Ausschusssitzung zu versenden, um ein Einarbeiten der Ausschussmitglieder zu ermöglichen.

Ausschussmitglied Wilde bittet im Hinblick auf Mandatos, den Echtbetrieb für Mandatos, der Anfang Januar 2011 vorgesehen ist, zu relativieren.

2010/084

9. Umstellung der Rathausreinigung von der Eigen- zur Fremdreinigung

In der anschließenden Diskussion wird zwar zum einen auf die Mehrkosten in Höhe von ca. 15.000 € bei einer Weiterbeschäftigung, andererseits jedoch auf

die soziale Komponente, einer langjährigen guten Arbeit der Mitarbeiterinnen bei gleichzeitig wenig Chancen aufgrund des Alters auf dem Arbeitsmarkt hingewiesen.

Nach Diskussion stimmt der Hauptausschuss dem Beschlussvorschlag zu:

**Abstimmungsergebnis: 4 dafür
 3 Enthaltungen**

2010/099

10. Personalbericht II

Die Verwaltung erläutert die Vorlage.

Von den durch die Hochrechnung für das laufende Jahr festgestellten Mehrbedarf in Höhe von 114.400 € wurden nur rd. 62.000 € in den 2. Nachtrag aufgenommen.

2010/107

11. Strukturdatenbericht

Auf Nachfrage berichtet die Verwaltung, dass die erhebliche Reduzierung von Zweitwohnsitzen auf deren Überprüfung in diesem Jahr durch die Stadt zurückzuführen ist. Diese Überprüfung erfolgt jeweils in längeren Zeitabständen. Jeder, der einen Zweitwohnsitz angemeldet hatte, wurde angeschrieben. Zweitwohnsitze in der Stadt Ahrensburg (anders als in Ferienorten) haben in der Regel Studenten oder Kinder, die z. B. in Ausbildung etc. sind und noch bei den Eltern wohnen.

Die Hauptwohnsitze haben sich von 31.568 am 30.06.2009 auf 31.791 am 30.06.2010 erhöht.

12. Verschiedenes

12.1. Umgang mit personenbezogenen Daten

Ausschussmitglied Bellizzi kritisiert die Versendung der E-Mail an Wohnungssuchende und fordert die Verwaltung auf, mit personenbezogenen Daten sorgfältig zu arbeiten.

In diesem Zusammenhang wird auch auf den Bericht des Bürgermeisters, TOP 5.2, hingewiesen und die Versendung von E-Mails an sämtliche Stadtverordnete und Bürgerliche Mitglieder von Ausschussmitglied Löwer kritisiert.

Ausschussmitglied Wilmer weist auf die Notwendigkeit der Bereitstellung einer Stelle für einen Datenschutzbeauftragten hin.

Ausschussvorsitzender Möller bittet die Verwaltung um Erarbeitung eines Konzeptes, mit dem sämtliche Stadtverordnete und Bürgerliche Ausschussmitglieder über eine im Rathaus errichtete E-Mail-Adresse @Ahrensburg.de und Weiterleitung an private E-Mail-Adressen erreichbar sind.

Herr Stephani vom Kinder- und Jugendbeirat weist auf die Möglichkeit einer Software hin, die eine Versendung einer E-Mail an eine Vielzahl von Empfängern verhindert.

Bürgermeister Sarach bedauert das Versehen und wird dafür sorgen, dass die Schwachstellen ausgemerzt werden.

12.2. Werbung mit dem Schlosswappen

Ausschussmitglied Löwer bittet um Auskunft, ob Werbung mit dem Schlosswappen möglich ist.

Anmerkung der Verwaltung:

Das markenrechtlich geschützte Logo des Schlosses darf nicht durch Dritte verwendet werden.

12.3. Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses 2009

Die Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes teilt mit, dass der Jahresabschluss 2009 erst nach Vorliegen der Eröffnungsbilanz erstellt und geprüft werden kann. Das Schlussberichtsverfahren des Rechnungsprüfungsamtes einschließlich Behandlung im Hauptausschuss und in der Stadtverordnetenversammlung verzö-

gert sich entsprechend. Die Frist gemäß § 95 n Abs. 3 Gemeindeordnung kann danach in diesem Jahr erstmalig nicht eingehalten werden.

Laut Auskunft der Verwaltung wird der Jahresabschluss frühestens Ende des I. Quartals 2011 vorliegen.

12.4. Verträge mit E.ON Hanse über Freizeitbad badlantic

Ausschussmitglied Bellizzi bittet Bürgermeister Sarach, sich mit Herrn Bären-dorf, dem Bürgermeister der Stadt Reinbek, in Verbindung zu setzen, da dort Erfahrungen bezüglich der Aufhebung von Verträgen mit E.ON Hanse bestehen.

12.5. Anmeldung eines Marktstandes der "Kaffeekanne AWO"

Ausschussmitglied Wilmer kritisiert, dass der Marktstand für die „Kaffeekanne AWO“ kurzfristig drei Tage vorher von der Stadt abgesagt worden sei.

Anmerkung der Verwaltung:

Eine Vertreterin der AWO erkundigte sich fernmündlich, ob es möglich wäre, einen Stand auf dem Wochenmarkt aufzubauen. Da sie sich wegen des Termins noch nicht sicher war, wahrscheinlich jedoch der 18.09.2010, sagte sie zu, sich noch einmal zu melden, an welchem Termin sie den Stand aufbauen möchte, um den Marktmeister zu informieren. Sie meldete sich am 15.09.2010, ein Rück-ruf war jedoch nicht möglich, da keine Telefonnummer hinterlassen worden ist. Eine Absage ist durch die Stadt zu keinem Zeitpunkt erfolgt.

12.6. Einwohnerversammlung am 29.06.2010, TOP "Finanzielle Situation der Stadt"

Stadtverordnete Wilmer moniert, dass im Rahmen der Einwohnerversammlung am 29.06.2010 TOP „Finanzielle Situation der Stadt“ Herr Conring auch als Mit-glied der CDU-Fraktion die finanzielle Situation der Stadt vorträgt und nicht aus-schließlich als Vorsitzender des Finanzausschusses.

Ansonsten hätte ein entsprechender Vortrag durch die Verwaltung erfolgen kön-nen.

12.7. Buchung nach Esplugues

Ausschussmitglied Wilmer moniert, dass die Buchungen für Esplugues sehr spontan erfolgt seien. Gerade im Hinblick auf Berufstätige sei es unbedingt erforderlich, frühzeitig mitzuteilen, wann, wo und wie gebucht worden ist.

12.8. Anträge auf Vertagung von Tagesordnungspunkten

Ausschussmitglied Wilde bedauert, dass der Antrag auf Vertagung des Tagesordnungspunktes „Erlenhof“ von Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Bau- und Planungsausschuss nicht stattgegeben worden ist.

Entsprechenden Anträgen auf Vertagung sollten grundsätzlich nachgekommen werden, da auch andere Fraktionen Beratungsbedarf, ggf. in anderen Tagesordnungspunkten hätten. Diese Angelegenheit sollte im Ältestenrat thematisiert werden.

12.9. Stellenausschreibung Fachbereich IV

Die Stellenausschreibung für die Leitung des Fachbereiches IV Stadtplanung/Bauen und Umwelt ist als **Anlage** beigefügt.

gez. Hartmut Möller
Vorsitzende/r

gez. Birgit Reuter
Protokollführer/in